

BRANDENBURGER ASYLFEINDE DEMONSTRIEREN SELTENER

Extrem rechte und asylfeindliche Straßenmobilisierungen sind seit zwei Jahren in Brandenburg auf einem nie gekannten Niveau. Allerdings stoßen die Protestformate erkennbar an Grenzen – über den Jahresverlauf

2016 gesehen sind die Zahlen rückläufig. Die Anzahl rassistischer Kampagnenseiten auf Facebook ist hingegen stabil, das Niveau der Gewalt tendenziell sogar ansteigend. Eine Bestandsaufnahme.



Getarnt als Bürgerprotest: Neonazis marschierten im September 2016 in Frankfurt (Oder) auf. Foto: MMZ

Die 2016 gegründete Potsdamer *Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus* des *Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien* führt eine Statistik über das Aufkommen extrem rechter, rassistischer und asylfeindlicher Straßenmobilisierungen und über damit in Verbindung stehende Facebook-Seiten im Land Brandenburg. Das Protestgeschehen wird anhand eigener Recherchen und mit Hilfe öffentlicher Quellen ausgewertet und analysiert.

Zentrale Ergebnisse

2016 gab es exakt 100 einschlägige Straßenaktionen im Land Brandenburg mit einer Mindestteilnahmezahl von 50 Personen. Die überwältigende Mehrheit dieser Akti-

onen (92) richtete sich gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Regional waren mit jeweils 16 die meisten Aktionen im Landkreis Havelland und in Elbe-Elster zu verzeichnen, gefolgt von Potsdam (12). Insgesamt, also unter Berücksichtigung kleinerer Veranstaltungen, gab es 210 Aktionen. In der Summe wurden 17.300 TeilnehmerInnen gezählt. Die größten Demonstrationen im Jahresverlauf fanden statt in Oranienburg im Februar mit rund 675 Personen, im Januar in Lübbenau mit 600 Personen sowie in Rathenow im Januar mit 580 Personen.¹

¹ Hinweise zur Methodik der Auszählung sind auf der Internetseite des MMZ abgelegt. Dort sind zudem Quellen zu den unten aufgeführten Zitate nachgewiesen. Die Rechtschreibung und Interpunktion der Zitate folgen dem Original.

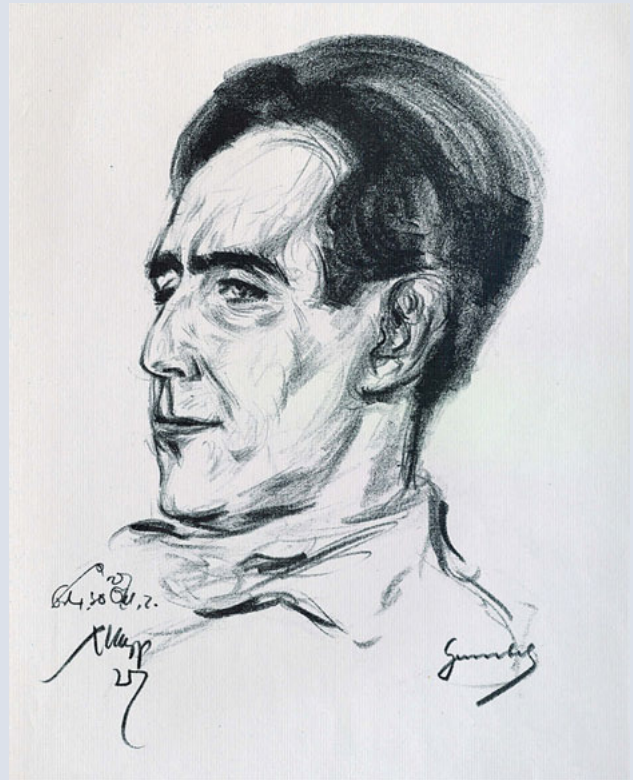
DIE EMIL JULIUS GUMBEL FORSCHUNGSSTELLE STELLT SICH VOR

Von Julius H. Schoeps – Gründungsdirektor des Moses Mendelssohn Zentrums

Als das Moses Mendelssohn Zentrum vor exakt 25 Jahren, im Januar 1992, gegründet wurde, trat uns die Aktualität von Antisemitismus und Rechtsextremismus im Land Brandenburg fast täglich vor Augen. Von Anfang an hat sich das MMZ daher mit diesen Themen wissenschaftlich beschäftigt. Seit mehr als zehn Jahren widmen wir dem Rechtsextremismus im Land Brandenburg unsere besondere Aufmerksamkeit, ohne dabei übergeordnete Fragestellungen nach der äußersten Rechten in Geschichte und Gegenwart, nach der historischen Entwicklung und vielfältigen Aktualität des Judenhasses aus den Augen zu verlieren.

Seit 2016 haben wir, ausgestattet mit zusätzlichen Mitteln des Landes Brandenburg, die Möglichkeit, diese Studien in Rahmen einer eigenen Forschungs- und Dokumentationsstelle zu bündeln. Sie ist unter der Leitung von Dr. Gideon Botsch, Privatdozent an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam und langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter des MMZ, in den letzten Monaten aufgebaut worden und stellt mit dem vorliegenden Dossier erste Arbeitsergebnisse vor. Als wissenschaftlichen Mitarbeiter für das Themenfeld Rechtsextremismus in Brandenburg konnten wir Christoph Schulze gewinnen, der das vorliegende Dossier verfasst hat. Es ist die erste Ausgabe einer losen Folge von Mitteilungen, die wir in der Zukunft veröffentlichen wollen und die nicht zuletzt auch der praktischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gefährdungen der Demokratie dienen sollen. Mit dem Aufbau einer Spezialsammlung zum Rechtsextremismus ist die Bibliothekarin Heike Hilbert betraut.

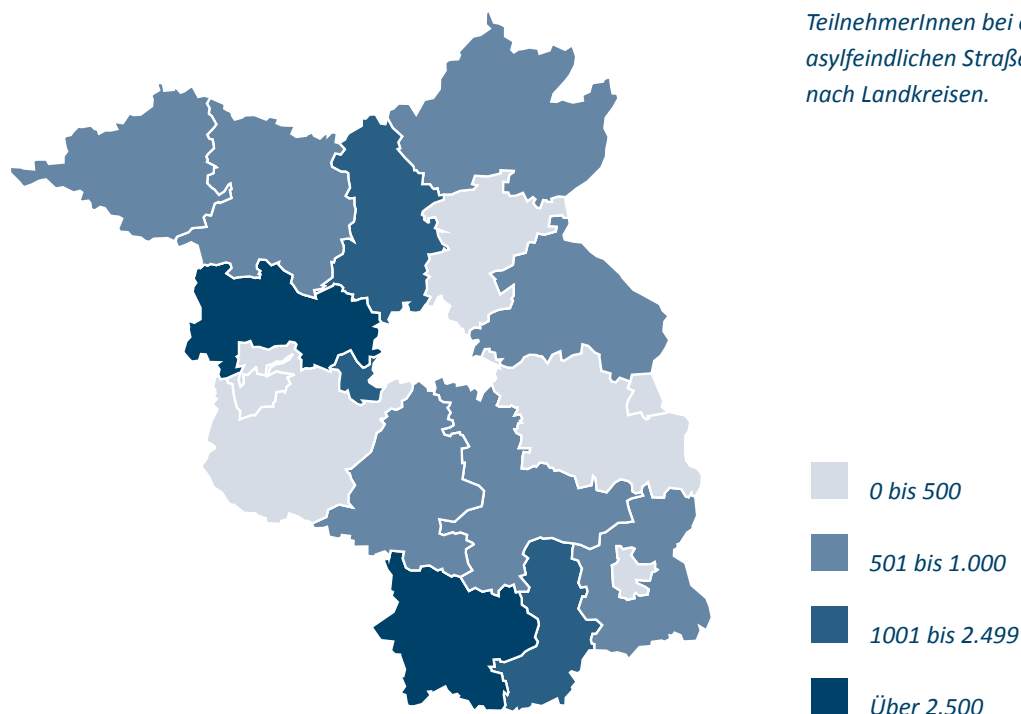
In den letzten 25 Jahren haben wir für unsere Projekte und Unternehmungen immer wieder Namenspaten gewählt, mit denen wir die Erinnerung an herausragende, öffentlich kaum noch bekannte Persönlichkeiten aus dem deutsch-jüdischen Kulturleben wach halten. Für unsere neue Forschungsstelle hätten wir keinen besseren Namenspatron wählen können als Emil Julius Gumbel, den Republikaner, entschiedenen Pazifisten und frühen Warner vor dem Nationalsozialismus. Als Mathematiker und Statistiker hat sich Gumbel mit den Methoden seiner Wissenschaft den republikfeindlichen Kräften der extremen Rechten gewidmet und dies in seinen Publikationen *Zwei Jahre Mord* (1921), *Vier Jahre*



Emil Julius Gumbel (1891–1966), (Zeichnung von Emil Stumpff, 1919. Repro: Universitätsarchiv Heidelberg)

politischer Mord (1922), *Verschwörer* (1924) und „*Verräter verfallen der Feme*“ (1929) dokumentiert. Dafür ist Gumbel angefeindet und von seiner Universität, der altherwürdigen Ruperto Carolina zu Heidelberg, bereits 1932 entlassen worden. 1933 fielen seine Werke den Bücherverbrennungen zum Opfer, er selbst emigrierte über Frankreich in die USA, wo er erst 1953 einen Lehrstuhl an der Columbia Universität erhielt. Als Statistiker durch sein Hauptwerk *Statistic of Extremes* und die nach ihm benannte „Gumbel-Verteilung“ bekannt, wird die Erinnerung an seine Verdienste um die Republik in Deutschland kaum noch gepflegt. Um dem entgegen zu wirken, trägt unsere neue Forschungs- und Dokumentationsstelle den Namen

Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus
Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam



Im Vergleich zum Vorjahr wurde das außerordentlich hohe Mobilisierungsniveau gehalten. 2015 hatte es 105 Aktionen mit mindestens 50 TeilnehmerInnen und insgesamt 210 Aktionen mit einer Gesamtteilnahmezahl von 23.300 Personen gegeben. 2015 war das Havelland der Landkreis mit der höchsten Zahl von Aktionen gewesen.

Die Träger der Proteste sind heterogen zusammengesetzt und lassen sich in vier Gruppen unterscheiden:

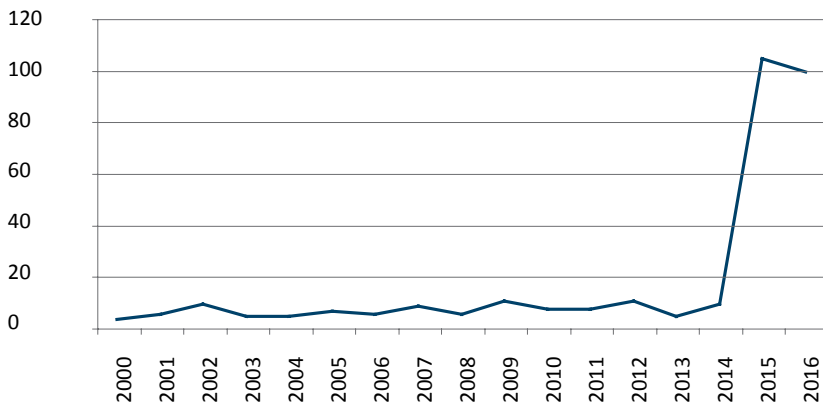
- Am erfolgreichsten waren Veranstaltungsformate, die sich selbst als parteiübergreifende, prodemokratische und nicht-extremistische Bürgerinitiativen darstellten, die aber tatsächlich wesentlich von extrem rechten Akteuren und Positionen geprägt waren. Zu nennen sind verschiedene, organisatorisch von der NPD beeinflusste „Abendspaziergänge“ in Oberhavel, die „Pogida“-Aktionen in Potsdam und die „Bürgerbündnis“-Veranstaltungen in Rathenow. 55 Aktionen solcher Initiativen kamen im Jahresverlauf auf über 50 TeilnehmerInnen. Zusammengerechnet nahmen 9.300 Personen teil.
- Eine weitere Trägergruppe von Protesten waren Zusammenschlüsse, bei denen zwar Spielräume für extrem rechte und rassistische Positionen zu konstatieren sind, die jedoch nicht – zumindest nicht nachweislich – von einschlägigen Positionen geprägt waren. Dazu zählen etwa die Aktionen von „Zukunft Heimat“ und die Veranstaltungen des „Bürgerforums Südbrandenburg“. Es gab 19 solcher Aktionen mit über 50 TeilnehmerInnen. Insgesamt nahmen 3.800 Personen teil.

- Die Partei „Alternative für Deutschland“ diente sich dem Protestmilieu nicht nur durch die Entsendung von Rednern zu Demonstrationen an, sondern auch durch die Ausrichtung eigener Aktionen. Gezählt wurden 20 AfD-Aktionen mit über 50 TeilnehmerInnen. Zusammengerechnet nahmen 2.700 Personen teil.
- Neonazistische Veranstalter (NPD, „Der III. Weg“, „Die Rechte“, „Kameradschaften“) zeichneten zwar für eine Vielzahl von kleineren Kundgebungen verantwortlich, allerdings überschritten nur 6 Versammlungen eine Teilnahmezahl von 50 Personen. In der Summe ergaben sich 1.160 TeilnehmerInnen.

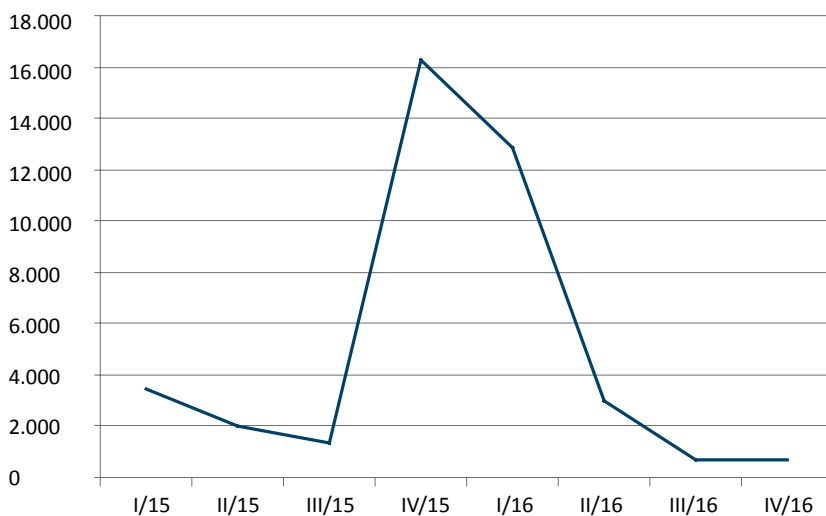
Trotz dieser Differenzierung ist von der Existenz *eines* Protestmilieus auszugehen, das zwar inhaltlich wie personell heterogen zusammengesetzt, aber genauso von inhaltlichen wie personellen Querverbindungen zueinander gekennzeichnet ist.

Im Vergleich zur Bedeutung der „Asylfrage“ waren 2016 andere traditionelle extrem rechte Themensetzungen bei den Straßenmobilisierungen irrelevant. An der teilnahmestärksten geschichtspolitischen Veranstaltung – der NPD-Kundgebung „für ein würdiges Gedenken an die Opfer des Bombenangriffs auf Cottbus“ im Februar – nahmen lediglich knapp 50 Personen teil.

Das Protestgeschehen im Land Brandenburg folgte den Konjunkturen der in Ostdeutschland besonders präsenten, in der Summe aber bundesweiten Protestwelle gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, als deren Auftakt die Dresdener „Pegida“-Demonstrationen seit Herbst 2014 gelten. Diese Protestformate sorgten von 2015 bis



Extrem rechte und asylfeindliche Straßenaktionen mit mehr als 50 TeilnehmerInnen in Brandenburg zwischen 2000 und 2016.



TeilnehmerInnen bei extrem rechten und asylfeindlichen Straßenaktionen in Brandenburg nach Quartalen in den Jahren 2015 und 2016.

2016 für ein seit der Wiedervereinigung nie erreichtes Niveau von Mobilisierungen. Zur Einordnung: Zwischen 2000 und 2014 hatte es im Land Brandenburg lediglich zwischen 4 und 11 einschlägige Straßenaktionen pro Jahr mit mindestens 50 Personen gegeben. 2015 setzte die regelrechte Demonstrationenkampagne im September ein, kam im November zu einem Höhepunkt und verlängerte sich bis ins Frühjahr 2016. Seit Mai 2016 sind die Zahlen landesweit konstant rückläufig.

Aus dem breiten Protestmilieu, das sich im Herbst 2015 und Frühjahr 2016 konstituierte, hat sich ein „harter Kern“ herausgebildet, der die Proteste auf geringerem Niveau fortführt und teils mit neuen Organisations- und Aktionsformen sowie mit Themen, die über die Flüchtlingspolitik hinausweisen, experimentiert. Eine zunehmende Ideologisierung geht damit einher, und der Anteil an extrem rechten und sogar neonazistischen Positionen ist angestiegen.

Facebook als Mobilisierungsinstrument

Hauptsächliches Mobilisierungsinstrument für das Protestmilieu ist ein Netzwerk von themenbezogenen Face-

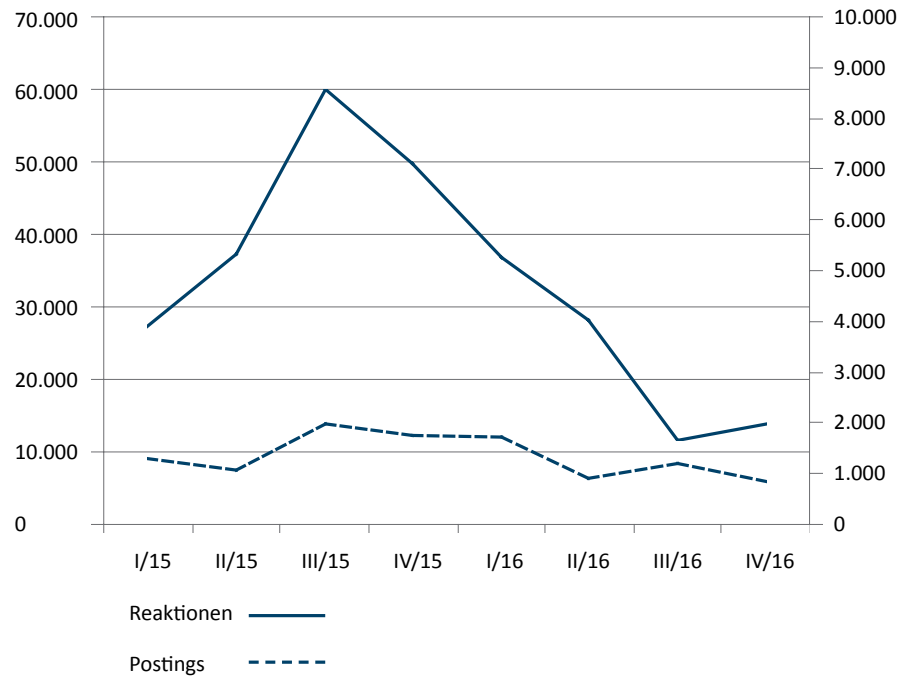
book-Seiten. Im Sinne einer Gegenöffentlichkeit werden auf diesen Seiten „asylkritische“ Nachrichten verbreitet und meist emotionalisierend kommentiert und für Aktionsaufrufe genutzt. Mit Stand von Dezember 2016 sind 99 solcher Seiten zu verzeichnen, die sich auf das gesamte Land Brandenburg oder auf einzelne Landkreise oder Orte im Bundesland beziehen.

Insgesamt hatten die Seiten am Jahresende 84.300 Likes, also virtuelle Sympathiebekundungen, auf sich versammelt. 52 der 99 Seiten sind als aktiv zu werten, das heißt, ihre letzte Online-Aktivität liegt weniger als einen Monat zurück. Die mit Abstand reichweitenstärkste Seite ist „Nein zum Heim in Guben“ mit knapp über 10.000 Likes. Es folgen „Patrioten Potsdam / Patrioten für den Erhalt Deutschlands“ (4.300) und „Frankfurt Oder wehrt sich“ (3.600).

Die Anzahl und die Reichweite der Facebook-Seiten haben sich 2016 stabilisiert; sie schwankten im Jahresverlauf zwischen 75.000 und 89.000 Likes, die sich auf 71 bis 104 Seiten aufteilten.² Die längere Zeit ausstrahlungs-

² Die Schwankungen gehen vor allem darauf zurück, dass manche Seiten von Facebook abgeschaltet wurden. Dieser Rückgang wurde durch Neugründungen größtenteils ausgeglichen.

Anzahl der Postings und Publikumsreaktionen (Kommentare, Likes und Shares) auf den brandenburgischen asylfeindlichen Facebook-Kampagnenseiten im Zeitverlauf nach Quartalen 2015 und 2016. Stichprobe: 10.800 Postings. Linke Y-Achse: Reaktionen; rechte Y-Achse: Postings



stärkste Seite aus Brandenburg, das neonazistische Projekt „Ein Licht für Deutschland“ mit zeitweise 9.000 Likes, wurde im Januar 2016 gelöscht. Als massenhaft eingesetztes Kampagneninstrument hatten sich solche Facebook-Seiten in Brandenburg erst im Verlauf des Jahres 2015 etabliert.³

Trotz dieser Stabilität ist die Strahlkraft der Facebook-Seiten entsprechend der Entwicklung der Straßenmobilisierungen eher rückläufig. Eine Auswertung der Postings (den auf Facebook-Seiten hinterlegten Beiträgen) zeigt, dass im 3. und im 4. Quartal 2015 sowie im 1. Quartal 2016 die Seiten am intensivsten mit Meldungen bespielt wurden. In diesen Quartalen gab es auch die stärkste Resonanz der LeserInnen in Form von Likes und Kommentaren. Die Reaktionsfreude des Publikums geht seit Mai 2016 kontinuierlich zurück. Seit September 2016 ist auch die Zahl der Postings allmählich rückläufig. Nach dem islamistischen Terroranschlag in Berlin stieg in den letzten beiden Wochen des Jahres die Zahl der Postings in geringem Maße erneut an.

Hohe Zahl von Gewalttaten

Das Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt bewegte sich 2016 wie im Vorjahr auf außerordentlich hohem Niveau. Für eine fundierte endgültige Bewertung des Gewaltaufkommens sind allerdings die Jahresstatistiken der Beratungsstelle Opferperspektive und von der Polizei abzuwarten. 2015 hatte die rechte und rassistische

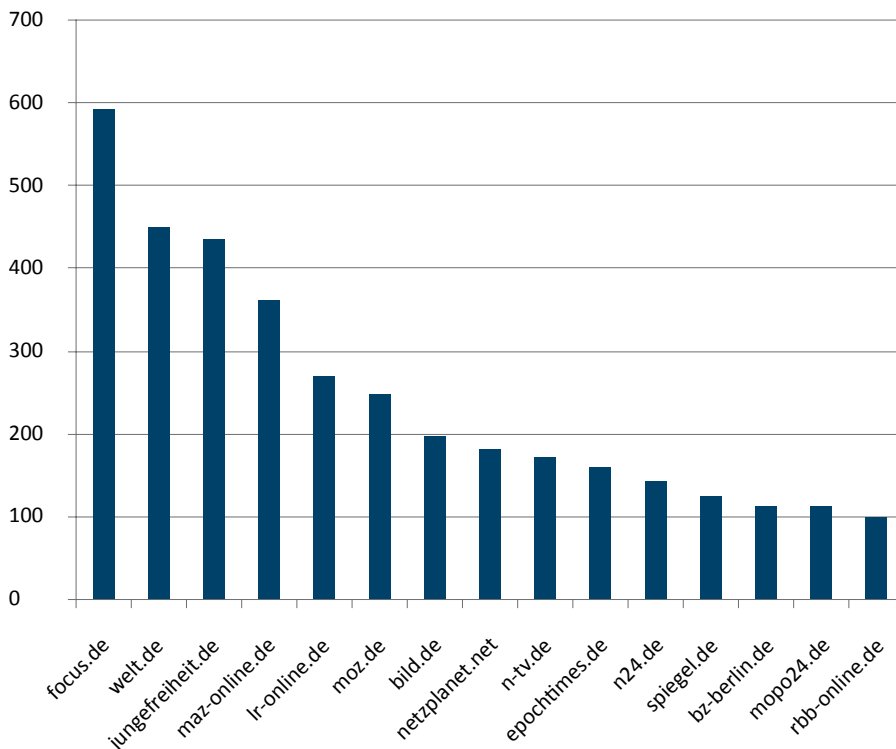
Gewalt mit 203 von der Opferperspektive registrierten Angriffen eine Steigerung von 120 Prozent gegenüber dem Vorjahr erfahren und somit einen absoluten Höchststand seit Beginn des Monitorings im Jahr 2000 erreicht. Mit ähnlichen Zahlen wie 2015 ist auch für 2016 zu rechnen. Ein Rückgang im Jahresverlauf, wie bei den Straßenmobilisierungen und den Facebook-Aktivitäten, scheint es im Bereich der Gewalttaten nicht zu geben. In der ersten Jahreshälfte 2016 zählte die Opferperspektive 106 Angriffe. 39 davon fanden in Cottbus und im Landkreis Spree-Neiße statt. Rund 80 Prozent der Taten waren rassistisch motiviert.

Wie 2015 kam es auch 2016 zu Brandanschlägen. So warfen Unbekannte am 1. Oktober 2016 einen Brandsatz auf eine bewohnte Unterkunft für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge in Jüterbog. Ein Mitarbeiter wurde auf das Feuer aufmerksam und konnte die Brandentwicklung stoppen. Täter wurden bislang nicht gefasst. Ein rassistisches Tatmotiv muss vermutet werden. In Jüterbog gab es zuvor entsprechende Proteste und Facebook-Kampagnen. In Birkenwerder (Oberhavel) wurde im Dezember 2016 der Vereinsbus der antirassistischen Initiative „Nordbahngemeinden mit Courage“ angezündet.

Beschwörung von Untergangsszenarien

Auf den Facebook-Kampagnenseiten wurden vielfach dämonische Gegenwartsbeschreibungen und Zukunftsprognosen angestellt. Häufig, fast schon typisch, waren tendenziell verschwörungsmithische Untergangsszenarien, denen zufolge eine diktatorisch verfasste Bundesregierung gezielt daran arbeite, die deutsche Bevölke-

³ Im Januar 2015 waren es noch 28 Seiten mit insgesamt 36.000 Likes, bis Dezember 2015 stiegen die Werte kontinuierlich auf zuletzt 72 Seiten mit 78.000 Likes an.



Die auf den größten einschlägigen Facebook-Seiten mit Brandenburgbezug verlinkten Portale in 2015 und 2016.
Stichprobe: 14.100 Postings.

rung „abzuschaffen“. Die Flüchtlinge und die „political correctness“ seien die Instrumente, mit denen die Auslöschung Deutschlands politisch gewollt betrieben werde. Auf Facebook werden Meldungen versammelt, die das Pauschalurteil belegen sollen, dass Flüchtlinge kriminell seien und gegenüber Deutschen bevorteilt würden.

Im August wurde beispielsweise ein Augenzeugenbericht über einen Vorfall am Bodeufer des Heiligen Sees in Potsdam massenhaft auf den Facebook-Seiten verbreitet, dem zufolge fünf Männer „südländischen Aussehens“ vor Kleinkindern masturbiert hätten.⁴ Teilweise wird zur Plausibilisierung der Positionen mit verfälschten Zitaten und Statistiken gearbeitet. Die Facebook-Seite „Nein zum Heim im Löwenberger Land“ wartete beispielsweise mit einem nicht nachweisbaren Zitat von Friedrich II. auf, demzufolge Regierungen, die ihr Volk nicht lieben würden, „weniger Wert als ein Pferdeapfel!!!“ seien.

Zur Unterlegung der Positionen wird von den Facebook-Seiten auf Artikel aus Onlineangeboten von Tageszeitungen und Zeitschriften (etwa focus.de, welt.de, maz-online.de, lr-online.de und moz.de) verwiesen. Zahlreiche Facebook-Postings stützen sich ergänzend auf Artikel aus rechten Netzangeboten wie jungefreiheit.de,

epochtimes.de und das inzwischen abgeschaltete netzplanet.net. Wenn die Facebook-Kampagnenseiten für die LeserInnen tatsächlich eine „Echokammer“ darstellen und als „Filterblase“ fungieren sollten, dann stützen sie sich zu einem großen Anteil auf die Berichterstattung der im Milieu sonst viel gescholtenen „Lügenpresse“.

Verschärfung des Tons

Sowohl in Redebeiträgen bei den Protesten als auch in den Argumentationslinien der Facebook-Postings war 2016 gegenüber 2015 eine Verschärfung des Tons und eine Zunahme von extrem rechtem Vokabular und Positionen festzustellen. Bei einer Versammlung des „Bürgerbündnisses“ in Rathenow sprach ein Redner im März vor mehreren hundert Zuhörern von „degenerierten Untermenschen“, die die Aufnahme von Flüchtlingen erlauben würden und beklagte: „Neobolschewisten fordern schamlos den Tod unseres Volkes.“ Auf der Facebook-Seite des Bürgerbündnisses wurde wenig später über eine örtliche, gegen Rechtsextremismus engagierte Bürgerinitiative geschrieben: „Alle Mitglieder des ‚Aktionsbündnis aus Rathenow‘ (...) sind rückradlose Faschistische Hetzer. (...) Das einzige Ziel und Aufgabe ihrer Existenz ist es, deutsche Steuerzahler nieder zu machen die keine linksextreme oder rote, weltanschauliche Gesinnung haben.“ Auf lokaler Ebene sucht ein Anführer des „Bürgerbündnisses Rathenow“ den Kontakt zur AfD und verbreitet Fotos von sich zusammen mit AfD-Mitgliedern bei Parteitreffen. Bei einer Ver-

⁴ Zwei Monate später meldete die Polizei, dass sich trotz intensiver Suche und öffentlichen Aufrufen nur ein Zeuge zum Vorfall gemeldet habe. Dessen Aussage sei allerdings „mit negativem Ergebnis abgeprüft“ worden.

Der AfD-Landesvorsitzende Alexander Gauland bei einer Demonstration im Juni 2016 in Elsterwerda.

Foto: JFDA e. V., Grischa Stanjek



sammlung der „Patrioten Potsdam“ im August bekannte ein Redner: *„Wir haben die Pest überlebt, so werden wir auch diese BRD-Diktatur überleben mit Merkel an der Spitze, die eine Nation so gespalten hat, wie keiner je zuvor.“*

Die sich zuspitzenden Untergangsszenarien sorgten für eine Umstellung in der Argumentation: Vom bloßen Protest gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, gelte es, zu einem Protest oder gar zu einem Widerstand gegen das diktatorische System als Ganzes überzugehen.

Der AfD-Landesvorsitzende Alexander Gauland griff bei einer AfD-Demonstration im Juni in Elsterwerda zustimmend die Neonaziparole *„Heute sind wir tolerant und morgen fremd im eigenen Land“* auf und bezeichnete Angela Merkel als „Kanzlerdiktatorin“. Kritik an solchen politischen Positionen würde, so Gauland, häufig mit Verweisen auf nationalsozialistische Verbrechen begründet. Seiner Ansicht nach sei dies ein gefährlicher „Hochmut“: *„Wenn man so spricht, wird man inzwischen verdächtigt, dass man die europäischen Werte nicht achtet. (...) Ganz schnell kommt dann auch Auschwitz ins Spiel. Der moralische Hochmut, der aus diesem Unsinn spricht, könnte uns noch mal das Genick brechen.“* Gaulands Fraktionsvize Andreas Kalbitz stimmte auf der gleichen Demonstration eine bis vor kurzem nur auf Neonazi-Veranstaltungen gängige Parole an: *„Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“*. Ähnlich einschlägig kann das Schild mit der Aufschrift *„Massenzuwanderung ist auch Völkermord“* gewertet werden, welches der Vorsitzende der Initiative „Zukunft Heimat“ auf der selben Versammlung trug.

Zwischen Holocaust-Leugnung und direkter Demokratie

„Lasst uns alle nicht nur Kreuzchen machen, lasst uns gemeinsam mehr dafür tun“, wurde auf der Facebook-Seite vom „Abendspaziergang Oranienburg“ im September gefordert. Mit dem Posting verknüpft war ein Wahlauf-ruf *„Frauke Petry – unsere Bundeskanzlerin“* zusammen mit einem Video der neonazistischen Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck. Seiten wie *„Nein zum Heim in Gransee“* teilten hingegen zustimmend Stellungnahmen der NPD. Viele der Facebook-Seiten und dementsprechend viele der Straßenproteste werden ohnehin teils offen, teils verdeckt von Neonazis betrieben. Dazu zählt etwa die wichtige Facebook-Seite *„Nein zum Heim in Guben“*.

Uneindeutiger sind hingegen die Äußerungen im Rahmen des „Bürgerforums Südbrandenburg“, das regelmäßig zu Kundgebungen in Bad Liebenwerda aufruft. *„Für direkte Demokratie und Mitbestimmungsrechte“* sind die Stellungnahmen des Bürgerforums überschrieben; auf Facebook werden eher Postings mit positivem Bezug zur AfD als zu Rechtsextremen wie der „Identitären Bewegung“ veröffentlicht. Manche Redebeiträge lassen jedoch erkennen, dass die Schwelle zu extrem rechten Argumentationslinien überschritten werden kann. Im Mai beklagte ein Redner zunächst die *„dem deutschen Volk unendlichen Schaden zufügende Flüchtlingspolitik“* um dann auch das außenpolitische Tun der Bundesregierung und ihren „Politschmarotzern“ anzuklagen: *„Deutsche Soldaten sollen an die Ostfront, weil Frau Murksels Freund Obama das so will. Wird hier der 3. Weltkrieg vorbereitet?“* Die von

professioneller Öffentlichkeitsarbeit begleitete Initiative „Zukunft Heimat“ betont ebenfalls ihre demokratische Ausrichtung und kooperiert mit der AfD. Allerdings wurde etwa die neu-rechte Kampagnenplattform „Ein Prozent“ bei einer „Zukunft Heimat“-Veranstaltung vorgestellt. Presseberichten zufolge sind auch Kontakte in das Neonazispektrum möglich, was vom Vorsitzenden der Initiative vehement bestritten wird. Bei einer Veranstaltung zu den „Identitären“ in Berlin wurde die Ko-Vorsitzende des Vereins zusammen mit einem ehemaligen Anführer der 2012 verbotenen Neonazigruppe „Spreelichter“ gesehen.

Organisierungsversuche, neue Akteure und Aktionsformen

Als Ergebnis der bisherigen Proteste sind beim „harten Kern“ der Beteiligten Politisierungs-, Radikalisierungs- und Organisationsprozesse eingetreten. Häufiger als zuvor fahren Delegationen aus einzelnen Protestbündnissen zu den Veranstaltungen anderer Initiativen, um einen Austausch zu pflegen und um sich zu unterstützen. Manche Akteure versuchen, neue Aktionsformen zu etablieren. So tritt die 2012 in Deutschland gegründete „Identitäre Bewegung“ seit 2016 verstärkt auch in Brandenburg auf. Die „Identitären“ mischen als Jugendbewegung „gegen den großen Austausch“ Popkultur mit neu-rechten Inhalten, vertreten eine ins Faschistische neigende Selbstinszenierungspraxis und versuchen, über spektakuläre Aktionen wie die Besetzung des Brandenburger Tors in Berlin im August Öffentlichkeit herzustellen. In Südbrandenburg hat sich im Senftenberger Raum in offenkundiger Verbindung mit der dortigen Initiative „Heimat und Zukunft“ ein „Identitärer Aufbruch“ gebildet, der ebenfalls nach neuen Protestformen sucht. Auf das Konto der Gruppe gehen mehrere symbolisch-expressive – und rechtswidrige – Aktionen. Im Februar wurde die Straße zu einem geplanten Flüchtlingsheim im Senftenberger Ortsteil Brieske mit Baumstämmen blockiert und an der Barrikade ein Transparent mit der Aufschrift „Nein zum Heim“ angebracht. Am Bürgerbüro einer SPD-Abgeordneten in Ruhland wurde im August die Schaufensterscheibe mit einem Transparent behängt: *„An euren Händen klebt Blut“*.

Einbruch der Straßenmobilisierungen

Alle lokalen Protestkampagnen hatten im Jahresverlauf mit nachlassendem Zulauf zu kämpfen. An den unter verschiedenen Labels veranstalteten Kundgebungen in Bad Liebenwerda beteiligten sich am Jahresanfang bis zu 300 Menschen, die Zahl ging bis Jahresende auf nur

noch wenige Dutzend Personen zurück. Der „Abendspaziergang“ in Oranienburg zog im Februar rund 675 Menschen an, bis April ging die Zahl auf 110 zurück – die Demonstrationenkampagne wurde daraufhin eingestellt. In Rathenow wurde im Januar ein Spitzenwert mit 580 TeilnehmerInnen erreicht, die letzten Kundgebungen lagen bei jeweils etwa 30 Personen. Die in wechselnden Orten veranstalteten Demonstrationen von „Zukunft Heimat“ in Südbrandenburg reduzierten sich von 600 Personen im Januar auf 350 im April.

Auch die AfD ist im Verlauf des Jahres 2016 zusehends dazu übergegangen, seltener Kundgebungen und Demonstrationen zu veranstalten, sondern stattdessen häufiger Saalveranstaltungen und „Bürgerdialoge“ auszurichten. Der Seelower AfD-Landtagsabgeordnete Franz Wiese hat indes im November begonnen, wöchentliche Demonstrationen in Berlin-Mitte unter dem Motto „Merkel muss weg“ zu veranstalten, zu denen sich bislang jeweils einige Dutzend Personen versammelten.

Worin die Gründe für den allmählichen Rückgang der Teilnehmezahlen im Jahresverlauf liegen, ist nicht eindeutig auszumachen. Ein wichtiger Faktor dürfte der starke Rückgang der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge gewesen sein. Auf manche TeilnehmerInnen könnte die erkennbare Präsenz von Neonazis bei den Demonstrationen abschreckend gewirkt haben. Die Proteste gerieten zudem möglicherweise durch eine einsetzende Demonstrationmüdigkeit ins Stocken – recht schnell wirkten die anfänglich dynamischen Versammlungen redundant und ritualisiert; die Schließung der Balkanroute im März 2016 wurde als Teilerfolg empfunden, während weiterreichende, umstürzlerische Forderungen nicht als unmittelbar erreichbar erscheinen konnten. Trotz der gebrochenen Dynamik kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Proteste beispielsweise im Zuge des Bundestagswahlkampfs 2017 wieder aufflammen.

Christoph Schulze

IMPRESSUM

Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle
Antisemitismus und Rechtsextremismus

Herausgeber:
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam
Telefon: (0331) 28 09 40
moses@mmz.uni-potsdam.de
www.mmz-potsdam.de

Redaktion: Priv.-Doz. Dr. Gideon Botsch

Druck: Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin